Evangelisch-reformierte Landeskirche
des Kantons Zürich

Kirchensynode

Hirschengraben 50
Postfach
8024 Zürich
Tel. 044 258 91 11

parlamentsdienst@zhref.ch
www.zhref.ch

Kirchensynode

Protokollauszug

21. November 2023

Beschluss KS 2023-69; Geschäft-/Dossier:
2023-287; Aktenplan: 2.1.3
IDG-Status: öffentlich
Publikation: integral

Budget 2024 der Zentralkasse: Antrag und Bericht des Kirchenrates an die Kirchensynode

Antrag

Siehe separate Datei.

Bericht

Siehe separate Dateien.

Zürich, 20. September 2023

Im Namen des Kirchenrates

Michel Müller
Kirchenratspräsident

Stefan Grotefeld
Kirchenratsschreiber

Debatte

Synodepräsidentin Simone Schädler (Effretikon): Wir kommen zu Traktandum 4, zum Budget 2024 der Zentralkasse - Antrag und Bericht des Kirchenrats.

Eine Vorbemerkung: Es gibt immer wieder Synodale, die sich mit diesem Budget beschäftigen und befassen (ich hoffe eigentlich meistens, dass es alle sind oder möglichst viele). Und dabei – wenn man das liest, diese Zahlen studiert - kommen Fragen auf. Und jetzt ist es einfach so: Wenn Sie Fragen haben, darf ich Sie wirklich bitten, diese frühzeitig an die Kirchenrätin Katharina Kull. zu stellen. Am Vorabend, das ist einfach zu spät. Und das ist auch nicht «vorgängig». Wenn wir sagen, stellen Sie die Fragen vorgängig – und das sagen wir fast an jeder Budgetversammlung – denn wenn es grosse Fragen sind oder inhaltliche Themen, die man nicht aus dem Stegreif beantworten kann, dann ist das notwendig. Aber vorgängig heisst halt wirklich etwa eine Woche vorher und nicht einen Abend vorher. Ich möchte Sie wirklich ermutigen, denn eigentlich haben wir Freude, wenn Sie Fragen stellen, ich behaupte, auch Kirchenrätin Katharina Kull. Es ist für uns alle spannender, wenn die Leute sich mit diesen Themen beschäftigen und auch ein bisschen abtauchen und dann Fragen stellen.

Gemäss Geschäftsordnung ist Eintreten beim Budget obligatorisch. Wir beraten das Budget 2024 kapitelweise durch und sprechen je dafür die Genehmigung aus. Sie können Ihre Bemerkungen oder

Detailfragen einbringen, wenn das entsprechende Kapitel an der Reihe ist. Das Geschäft verabschieden wir mit einer Schlussabstimmung.

Den Antrag der Finanzkommission auf Zustimmung zum Budget 2024 haben Sie im Nachversand schriftlich erhalten. Wird das Wort zum beschriebenen Vorgehen in dieser Debatte verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit den allgemeinen Bemerkungen. Darf ich für die Finanzkommission Bettina Diener bitten?

Bettina Diener (Wädenswil): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Anwesende. Die Finanzkommission hat in drei Sitzungen, wovon eine in der alten Besetzung, das vorliegende Budget 2024 sowie die Anträge des Kirchenrats beraten und geprüft. An dieser Stelle möchte ich Kirchenrätin Katharina Kull, dem Kirchenratsschreiber Stefan Grotefeld sowie dem Leiter Ressourcen Dieter Zaugg herzlich danken für die Präsentation des Budgets, die Erklärungen zu einzelnen Posten sowie die kompetente Beantwortung der von uns gestellten Fragen.

Mit Freude stellt die FiKo fest, dass die der Synode zur Verfügung gestellte Detail-Version des Budgets bereits sehr viele Erklärungen und Bemerkungen insbesondere zu den grösseren Abweichungen enthält. Ebenso ist ein Vergleich von Rechnung 2022, Budget 2023 und Budget 2024 möglich. Gleichermassen sind die Erklärungen zum Finanzplan vorhanden. Beides begrüsst die FiKo sehr.

Gemäss den uns erteilten Auskünften wurden die Abteilungen angehalten, knapp, jedoch realistisch, zu budgetieren. Die FiKo steht einstimmig hinter dem Budget 2024 und dem resultierenden Aufwandüberschuss von 2,6689 Millionen. Dieser kann dank der soliden finanziellen Lage gut verantwortet werden. Die Beibehaltung des Zentralkassenbeitragsatzes bei 3,1 erachtet die FiKo als angezeigt.

Auf Seite 11 der Detail-Version wird detailliert aufgeführt, wie viel die Zentralkasse, das Kloster Kappel und der TVZ an den Aufwandüberschuss beisteuern.

Speziell erwähnen möchte ich noch die folgenden Punkte:

Zur Erhöhung der Personalkosten tragen im Wesentlichen diese drei Aspekte bei: Stufenanstiege für Pfarrpersonen und individuelle Stufenanstiege für die Mitarbeitenden der GKD sind vorgesehen, ebenso eine Teuerung von 1 Prozent. Die Sozialkosten sind im vorliegenden Budget mit einem realistischeren Satz von 21,5 Prozent veranschlagt, die 20 Prozent vom Vorjahr zeigten sich als zu tief. Die FiKo begrüsst diese Vorgehensweise.

Weiter speziell erwähnen möchte ich, dass im vorliegenden Budget 480'000 Franken für den Innovationskredit und 351'200 Franken für den Umweltkredit sind. Ohne diese beiden Positionen und ohne Kappel und TVZ hätte die Zentralkasse nur ein Defizit von guten 180'000 Franken.

Weitere Details zum Budget 2024 wird Kirchenrätin Katharina Kull im Anschluss erläutern.

Der Blick in den Finanzplan zeigt, dass der vom Kirchenrat definierte Sparauftrag von den Abteilungen ernstgenommen und ab 2025 umgesetzt wird. Um jedoch die stabile finanzielle Lage nicht zu gefährden, sieht der Finanzplan 2028 eine Erhöhung des Zentralkassenbeitrags vor.

Wie Sie in den auf dem CMI zur Verfügung gestellten Unterlagen entnehmen konnten, beantragt die FiKo einstimmig, den vier Anträgen des Kirchenrats bezüglich Budget 2024 der Zentralkasse Folge zu leisten. Besten Dank.

Kirchenrätin Katharina Kull-Benz (Zollikon): Sehr geehrtes Präsidium, werte Synodale. Gerne präsentiere ich Ihnen die wichtigsten Eckwerte des Budgets 2024. Das Budget 2024, Sie haben es schon gehört, weist einen Aufwandüberschuss von 2'668'900 Franken aus. Im Budget enthalten sind die Rechnungen der Zentralkasse inklusive Hotel Kloster Kappel und die Rechnung des TVZ.

Der Aufwandüberschuss der Zentralkasse allein (ohne Kloster Kappel, ohne TVZ) würde 1'011'400 Franken betragen.

Der Kirchenrat hat im Beschluss vom Juni 2023 geregelt, dass sein Nettovermögen von mehr als 60 Millionen Franken mittels budgetierter Aufwandüberschüsse innert fünf Jahren abgebaut werden soll. Ich habe bereits an der letzten Synode darüber informiert.

Das Nettovermögen der Landeskirche beträgt Ende 2022 63'247'839 Franken. Der budgetierte Aufwandüberschuss würde dieses also reduzieren. Im Aufwandüberschuss enthalten – das haben Sie auch schon gehört von der FiKo-Präsidentin – sind die Beiträge 2024 für das Legislaturziel 3 «Umweltbewusst handeln» von 351'200 Franken und für den Innovationskredit von 480'000 Franken.

Die Netto-Steuereinnahmen 2022 der Kirchgemeinden bewegen sich auf Vorjahresniveau. Bei einem Zentralkassenbeitragssatz von 3,10 ergeben sich Zentralkassenbeiträge von 66,6 Millionen Franken. Auch die Staatsbeiträge betragen unverändert knapp 26 Millionen Franken.

Der Personalaufwand erhöht sich von knapp 82 Millionen auf knapp 85,5 Millionen. Der Sachaufwand beträgt 11,2 Millionen Franken und bewegt sich damit auf dem Niveau des Vorjahresbudgets. Ebenfalls auf dem Niveau des Vorjahresbudgets bewegen sich die Beiträge mit 10,6 Millionen Franken.

In den Detailzahlen des Finanzplans sind erstmals nur die Zahlen der Zentralkasse ohne Hotelbetrieb Kloster Kappel und ohne TVZ enthalten. Damit werden die Aufwände und die Erträge der Kerntätigkeiten (die sind eben auch für den Sparauftrag massgebend) abgebildet. Ein Sparauftrag in der Hotellerie Kappel, das würde jetzt wenig Sinn machen. Dort sind wir froh, wenn wir die Personen bekommen, die wir brauchen, um die nötige Arbeit zu verrichten. Im Finanzplan sind neu zur besseren Übersicht die Resultate des Hotelbetriebs und des TVZ deshalb einfach in der Totalsumme aufgeführt. Ebenfalls eingestellt sind im Finanzplan die vom Kirchenrat beschlossenen pauschalen Sparbeträge der GKD für die Jahre 2025 und 2027. Trotzdem kann über die Betrachtungsdauer kein ausgeglichenes Resultat erzielt werden. Dabei spielt auch das für die Amtsdauer 2024-2028 auf 1'550 reduzierte Quorum bei der Pfarrstellenbesetzung eine Rolle. In der Folge werden nämlich nur 9 statt der auf den Mitgliederschwund angepassten 24 Vollzeit-Pfarrstellen reduziert, was einen jährlich nicht wegfallenden Personalaufwand von 2,4 Millionen Franken ergibt.

Sie sind als Synodale diesem Antrag des Kirchenrats zur Senkung des Quorums gefolgt und unterstützen die Kirchgemeinden in den kommenden Jahren mit diesen nicht gekürzten Pfarrstellen. So bleiben den Kirchgemeinden vier Jahre Zeit für notwendige Anpassungen und Neuorganisationen, denn in der Amtsdauer 2028-2032 werden die Mitgliederzahlen nach Statistikervoraussage weiter sinken. Und es werden zudem eine grosse Zahl der Pfarrpersonen pensioniert und der Pfarrnachwuchs wird nicht in gleichem Umfang zur Verfügung stehen.

Für die Kostenstelle 1000, das ist die Kirchensynode, sind 715'700 Franken budgetiert. Der Mehraufwand gegenüber den Vorjahren resultiert hauptsächlich aus der von der Kirchensynode beschlossenen Anhebung der Behördenentschädigungen.

Wiederum für 2024 in der Investitionsrechnung enthalten sind der Umbau und die Erweiterung des Amtshauses im Kloster Kappel. Diese Arbeiten verzögerten sich aufgrund der weiter andauernden Abklärungen zur Statik des Hauses und können hoffentlich im kommenden Jahr ausgeführt werden. Wir haben die Betondecke beseitigt, die als Ursache vermutet wurde, dass sich die Aussenmauern in Kappel nach aussen bewegen. Aber diese hat niemals dieses Gewicht gehabt wie vermutet, denn die Mauern senken sich weiter und wir kennen den Grund nicht. Wir sind am Beobachten mit statischen Messungen. Selbstverständlich spricht auch die Denkmalpflege mit. Aber wir wissen immer noch nicht, wie wir diese Sicherungen anbringen und weshalb wir sie brauchen. So viel zur Erklärung.

Neu enthalten ist eine Position in Kappel über 500'000 Franken für den Neubau Spicher in Kappel. Der Kirchenrat klärt aber zurzeit mit dem Verein Kloster Kappel verschiedene Möglichkeiten der Miete des Spichers: Wie soll die Landeskirche den Spicher denn mieten? Unter anderem steht auch eine Übernahme im Rohbau durch die Landeskirche zur Diskussion und für den dann benötigten Innenausbau, wenn ihn die Landeskirche selbst vornimmt, müsste der Kirchenrat noch einen entsprechenden Verpflichtungskredit bewilligen. Deshalb haben wir ihn jetzt erstmal aufgenommen.

Die FiKo empfiehlt einstimmig – ich danke – Annahme des Budgets mit einem Zentralkassenbeitrag von 3,10. Ich bitte Sie im Namen des Kirchenrats, dem vorliegenden Budget auch zuzustimmen und den beantragten Zentralkassenbeitragssatz von 3,10 gutzuheissen. Danke.

Barbara Bussmann (Volketswil): Liebe Synodepräsidentin, liebe Damen und Herren Kirchenräte, liebe Mitsynodale und liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne. Im Frühling 2021 entschied die Synode über Antrag und Bericht des Büros, eine neue Stelle zu schaffen, welche die parlamentarischen Sekretariatsarbeiten übernehmen soll. Inzwischen hat die erste Parlamentsdienstmitarbeiterin der reformierten Landeskirche des Kantons Zürich mit einem Pensum von 60 Prozent zwei Jahre für uns gearbeitet und wir konnten Erfahrungen sammeln.

Ein Teil der Aufgaben des Parlamentsdienstes wurde vor der Einführung durch die Kirchenratskanzlei erledigt, der Rest wurde von den Mitgliedern des Büros wahrgenommen. Ziel des Büros war es, dass mit der Einführung des Parlamentsdienstes einerseits die Legislative der Exekutive getrennt wird und andererseits die Mitglieder des Büros und der ständigen Kommissionen von diversen Aufgaben entlastet werden (so zum Beispiel Sitzungseinladungen, Protokolle etc.). Die Trennung von Kirchenrat und Parlament wurde da grösstenteils vollzogen. Die gewünschte Entlastung bei den verschiedenen

Ämtern in der Synode hat sich aber nicht erfüllt. In diesen zwei Jahren ist klar geworden, dass die Arbeitsbelastung für eine Person mit 60 Prozent Pensum zu gross ist. Zum Vergleich: Die katholische Synode in Zürich greift auf einen Parlamentsdienst mit 140 Stellenprozenten zurück.

Ein Vergleich mit weiteren Parlamenten zeigte, dass es aktuell nicht nur eine Reorganisation des Parlamentsdienstes braucht, sondern auch diverse Änderungen in der Geschäftsordnung notwendig sein werden. In diesem Antrag und Bericht geht es lediglich um die Sicherstellung der Finanzen für die Stellenerhöhung des Parlamentsdienstes. Die Änderungen betreffend die Geschäftsordnung und die Ausgestaltung des Parlamentsdienstes folgen zu einem späteren Zeitpunkt.

Das Büro wurde bezüglich der Reorganisation durch einen externen Berater unterstützt. Auf dessen Empfehlungen hat das Büro verschiedene Punkte besprochen und ist zum Schluss gekommen, dass eine Erhöhung der Stellenprozente für den Parlamentsdienst unumgänglich ist, wenn der angestrebte Zweck erfüllt werden soll. Dieser Antrag zum Budget wurde sehr kurzfristig beschlossen: Erst im August wurde klar, dass die Stelle anders gestaltet respektive die Prozente erhöht werden müssen. Im September beschloss das Büro, dass der Parlamentsdienst reorganisiert und die Stelle auf 120 - 140 Stellenprozente erhöht werden soll. Die genaue Ausgestaltung des Parlamentsdienstes muss im Büro noch ausgearbeitet werden. Ein entsprechender Antrag und Bericht an die Synode wird später erfolgen. Damit aber mit der Personalsuche bereits begonnen werden kann, muss der entsprechende Geldbetrag im Budget 2024 eingestellt werden.

Für die Berechnung der finanziellen Auswirkungen mussten Annahmen getroffen werden, welche in der Realität eventuell nicht alle so eintreffen werden. Die Berechnung basiert auf der Annahme, dass die geplanten 120 Stellenprozente (aufgeteilt in Leitung und Mitarbeit) ab März 2024 besetzt sind. Die Kosten für den Parlamentsdienst könnten so aussehen: Die Leiterin/der Leiter zu 80 Prozent bekommt einen Bruttolohn von 106'000 Schweizer Franken. Ab März macht das einen Betrag von 88'500 Schweizer Franken. Die Sekretariatsmitarbeiterin oder der Sekretariatsmitarbeiter im 40 Prozent-Pensum bekäme einen Jahreslohn von 40'000 Schweizer Franken brutto, ab März wären das 33'500 Schweizer Franken. Total ab März brauchen wir eine Erhöhung von 122'000 Franken, welche ungefähr dem Bruttolohn entsprechen werden. Bereits im Budget 2024 drin sind 80'000 Schweizer Franken vorgesehen, dazu kommen Sozialleistungen in der Höhe von 21 Prozent, was 25'000 Schweizer Franken ausmacht. Davon sind 16'800 Schweizer Franken bereits im Budget enthalten. Daher braucht es im Antrag nur die Differenz von 8'200 Schweizer Franken. Das ergibt für die Personalkosten ein Plus von 50'000 Schweizer Franken. Zusätzlich kommt noch Sachaufwand, zum Beispiel für IT, Bürostuhl etc. in der Höhe von 10'000 Schweizer Franken dazu. Da bereits eine Aufstockung budgetiert war, diese nun aber höher ausfällt, beantragt das Büro die zusätzlichen Kosten.

Als das Büro vor über zwei Jahren der Kirchensynode den Antrag und Bericht betreffend Schaffung eines Parlamentsdienstes vorlegte, waren die Mitglieder des Büros optimistisch, dass mit den 60 Prozent eine deutliche Professionalisierung und Effizienz der Abläufe des Parlamentsbetriebs erreicht werden könne. Inzwischen sind sich die Büromitglieder einig, dass die Schaffung des Parlamentsdienstes der richtige Weg ist und weiterverfolgt werden sollte. Ohne dessen Ausbau bleibt aber die Professionalisierung auf halbem Weg stecken, insbesondere die Entlastung der Milizmitglieder des Büros der Kirchensynode wird nicht erreicht. Deshalb empfiehlt das Büro der Kirchensynode, dem Antrag auf Erhöhung der Mittel zuzustimmen.

Der Antrag lautet: Das Büro der Kirchensynode beantragt bezüglich der Kostenstelle 1000 (das ist die Kostenstelle der Kirchensynode), das Budget 2024 um 60'000 Franken für zusätzlichen Personal- und Sachaufwand betreffend Parlamentsdienst zu erhöhen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Adrian Honegger (Winterthur): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Kirchenrats, liebe Mitsynodale. Wir haben heute weitaus interessantere Geschäfte als das Budget zu behandeln. Wenn man aber über die Ausgabe von 108 Millionen nicht mehr sprechen darf, wäre dies fatal. Ich halte mich deshalb kurz und nehme zu drei Bereichen Stellung:

1. Im Budget 2024 ist ein Ausgabenüberschuss von 2,6 Millionen Franken vorgesehen. Dies entspricht rund 2,4 Prozent des ganzen Volumens, was den absoluten Betrag wieder relativiert. Aus meiner Sicht ist dies die richtige Tendenz, um nicht noch weiter Eigenkapital anzuhäufen. Wir haben das gehört von der Finanzvorsteherin. Also geht es darum, nicht noch mehr Geld abzunehmen von den Gemeinden.

2. Der Finanzplan sieht für die Planjahre 2025–2028 erhebliche Aufwandüberschüsse vor. Auch hier ist dies wohl die richtige Tendenz, um pragmatisch die sinkenden Steuererträge zu berücksichtigen. Die Erhöhung des Zentralkassenbeitrags im Jahr 2028 – auch das hat Frau Kull gesagt – auf 3,2 Prozent

soll nicht unkommentiert bleiben. Dies würde nämlich bedeuten, dass den Gemeinden mehr Geld abverlangt wird, obwohl diese mit sinkenden Steuererträgen zu kämpfen haben werden.

3. Die Steuerkraft-Abschöpfungsbeiträge (Sie finden die Tabelle auf Seite 15) geben ein interessantes Bild der Gebergemeinden wieder. An der letzten Budget-Versammlung habe ich angeregt, die Steuerkraft pro Mitglied in einer weiteren Spalte aufzuführen. Diese Anregung ist nun umgesetzt worden, wofür ich mich bedanke.

Dem Budget 2024 werde ich ohne Begeisterung zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stefan Thurnherr (Zürich): Geschätzte Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Kirchenrats, liebe Mitglieder. Ich möchte noch einen zusätzlichen Antrag für das Budget 2024 einbringen, wenn das jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Ich werde Euch den Antrag noch senden.

Mein Antrag lautet: «Ich beantrage im Budget 2024 eine Position von 30'000 Franken als einmaligen Beitrag zugunsten der diakonischen Arbeit von Solidara Zürich (vormals der Zürcher Stadtmission) einzustellen.»

Begründung:

1. Solidara Zürich erbringt mit ihren niederschweligen diakonischen Angeboten gesellschaftlich relevante Leistungen mit einem hohen kantonalen Bezug.

2. Aktuell betreibt Solidara Zürich zwei niederschwellige Angebote mit hohem kantonalen Bezug. Mit dem Café Yucca wird Passanten Hilfe und Gaststube mit Verpflegung und Sozialberatung angeboten. Der Anteil der ausserstädtischen (sprich: kantonalen) Gäste beträgt rund 50 Prozent. Und mit Isla Victoria wird eine diakonische Dienstleistung für Sexarbeiterinnen in Zürich, Winterthur und aufsuchende Arbeit im ganzen Kanton angeboten. Der Anteil der ausserstädtischen (sprich: kantonalen) Klientinnen beträgt bei Beratung rund 30 Prozent, bei der aufsuchenden Arbeit 67 Prozent.

Das Budget von Solidara beträgt rund 2,7 Millionen. Es wird aktuell zu rund 40 Prozent von den Kirchen (primär in der Stadt Zürich) und Betriebsbeiträgen finanziert. Für ein ausgeglichenes Rechnungsjahr ist Solidara darauf angewiesen, rund 37 Prozent des Aufwands durch Spenden und Unterstützungsbeiträge zu erhalten. Es besteht aktuell ein strukturelles Defizit, da die evangelische Gesellschaft als ursprüngliche Gründerin dieser Stadtmission sich aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Die reformierte Landeskirche hat Solidara Zürich seit 2013 mittels regelmässigen Betriebsbeiträgen von rund 30'000 Franken unterstützt, mit der Begründung (ich zitiere): «Die Stadtmission ist sowohl von ihrer Geschichte, ihrer Ausrichtung, in Leitbild und Statuten der Landeskirche nahe. Sie übernimmt im Bereich Begleitung und Betreuung von randständigen Menschen (Sexarbeitenden) subsidiär und mit grosser Erfahrung und Know-How-Aufgaben, die die Landeskirche zurzeit nicht wahrnimmt.» (Zitat Ende).

Nun lehnt der Kirchenrat entgegen dem internen Antrag einer Gutachterin eine Unterstützung plötzlich unter Hinweis auf Beschlüsse aus dem Jahr 2012 kategorisch ab. Mit diesem Antrag von mir soll eine Überbrückung der bisherigen Unterstützungsbeiträge von 30'000 Franken sichergestellt werden und den Parteien Landeskirche und Solidara Zeit gegeben werden, um eine dauerhafte Lösung zu finden.

Kirchenrat Bernhard Egg wird nachher wortreich erklären, weshalb gewisse Fonds aufgebraucht sind, weshalb man Filmfestivals unterstützen soll. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass Solidara im Jahr 2022 4'300 Beratungen im Kaffee Café Yucca gemacht hat, 16'000 Suppen abgegeben hat, 1'400 mal eine Übernachtung angeboten hat, in der Isla Victoria 8'100 Beratungen durchgeführt wurden. Es wurden 18'000 Erotikbetriebe aufgesucht und 122 Schlafsäcke verteilt.

Daher bitte ich Sie, diesem Antrag auf eine einmalige Unterstützung zur Überbrückung zuzustimmen. Danke.

Synodepräsidentin Simone Schädler (Effretikon): Es gibt keine Wortmeldungen mehr, so kommen wir zur Detailberatung. Wir gehen die Kapitel einzeln durch.

Gibt es Wortmeldungen zur Erfolgsrechnung nach Kostenarten? – Das ist nicht der Fall.

Zur Erfolgsrechnung nach Kostenstellenhierarchie, gibt es da Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zum Rahmenkredit Gemeindepfarrstellen? – Auch keine.

Gibt es Wortmeldungen zum Finanzplan 2025 – 2028? – Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu den Beiträgen? - Das ist auch nicht der Fall.

Steuerkraft, Abschöpfung und Finanzausgleich? - Auch keine Wortmeldungen.

Und zur Investitionsrechnung, gibt es hier Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich frage einfach noch, bevor ich jetzt die Rednerliste betreffend Budget schliesse, ob es Wortmeldungen gibt zum Budget? Auch zu diesen Anträgen, die gestellt worden sind? Sonst kommen wir bereits zu den Schlussworten.

Bernhard Egg, sagst Du noch etwas?

Kirchenrat Bernhard Egg (Elgg): Ja, selbstverständlich sage ich gerne etwas, Frau Präsidentin, ich wusste nicht, dass es so schnell geht. Ja, lieber Stefan Thurnherr, du darfst es ruhig mir selbst überlassen, ob ich wortreich antworte oder eben nicht.

Zweite Vorbemerkung: Ich hätte es geschätzt, wenn ich es gewusst hätte, dass dieser Antrag gestellt wird. Selbstverständlich, es ist jeder Parlamentarierin und jedem Parlamentarier offen, Anträge zu stellen. Selbstverständlich, darum geht es ja nicht. Aber ich weiss nicht, wie viele Synodale sich jetzt in der Lage fühlen, diesen Antrag zu beurteilen. Da braucht es ein gewisses Wissen über die Sachverhalte, die hier eine Rolle spielen. Dieses Wissen haben Sie nun nur rudimentär. Drittens gibt es gewisse parlamentarische Abläufe und wir haben eine Finanzkommission, die das Budget vorberät. Und es wäre weiss Gott sinnvoll gewesen, die Finanzkommission hätte einen solchen Antrag prüfen und die Unterlagen studieren können, die wir gerne zur Verfügung gestellt hätten und dann hätte sie einen Antrag stellen können und Sie hätten die Stellungnahme gehabt der Aufsichtskommission. Auch das fehlt jetzt nun halt.

Mir ist schon bewusst, dass Solidara keine Freude am Entscheid des Kirchenrats gehabt hat. Das hat vor allem damit zu tun, das gebe ich gerne zu, dass wir Solidara empfohlen hatten, ein Gesuch für einen ständigen Beitrag, statt immer wieder punktuelle Gesuche zu stellen. Nur ist natürlich die Einladung zur Gesuchstellung noch keine Garantie, dass das Gesuch dann auch vollständig bewilligt wird. Die Gesuchstellung hat dem Kirchenrat ermöglicht, das Gesuch eingehend zu prüfen - und das ist auch passiert.

Ferner steht völlig ausser Frage, dass Solidara eine ausgezeichnete Arbeit macht. Sie macht eine ganz wichtige Arbeit. Sie haben einiges aufgezählt Isla Victoria, das Café Yucca, das kürzlich Jubiläum gefeiert hat. Das ist ja völlig unbestritten. Nur gibt es zu diesen Sachen natürlich eine Vorgeschichte, Stichwort: evangelische Gesellschaft. Die Stadtmission, heute Solidara, wurde von der evangelischen Gesellschaft abgespaltet ich sage es mal so. Die genauen Zusammenhänge zu erläutern, das würde jetzt viel zu weit führen. Und es war immer klar, dass die evangelische Gesellschaft die abgespaltene Stadtmission (heute Solidara) nicht langfristig immer weiter unterstützen wird. Und es war auch von Anfang an klar, das muss ich schon festhalten, dass die Landeskirche nicht einfach in diese Lücke springt.

Sondern es gibt diese Vereinbarung (die ist uns dann wieder bewusst geworden, das gebe ich zu), sie ist unterdessen zehn Jahre alt. Es gibt eine Vereinbarung zwischen Landeskirche und damals noch Stadtverband Zürich (heute Kirchgemeinde Zürich), wer wem welche Beiträge zahlt. Das Anliegen war damals, die Sachen etwas auseinander zu nehmen, dass man diese Doppel- und Mehrfach-Finanzierungen minimiert. Deshalb ist es zum Beispiel so, dass die Streetchurch von der Landeskirche eben auch nicht unterstützt wird, sondern von der Kirchgemeinde Zürich.

Also kurz zusammengefasst: Der Kirchenrat hatte durchaus seine Gründe, einen ständigen Beitrag an die Solidara eben jetzt abzulehnen. Sie hat keine Freude daran, das ist so. Aber wir möchten daran festhalten, dass wir diese Doppelfinanzierungen eigentlich nicht mehr möchten. Es ist richtig, dass ab und zu Beiträge gesprochen wurden. Das hatte aber mit dem alten Aids-Fonds zu tun, dem Aids-Pfarramt, da möchte ich hier auch nicht in die Details gehen, das würde viel zu weit führen. Da sind noch Gelder gesprochen worden, auch jetzt noch, der Restposten wird ja überwiesen. Es ist nicht so, dass Solidara nichts erhält, sondern sie erhält Grössenordnung 20'000 Franken. Vielleicht sind sie schon überwiesen - ich weiss es nicht. Also es ist nicht Null.

Aber es war nie so, dass man gesagt hat, Solidara bekommt einen ständigen regelmässigen Beitrag, sondern es waren punktuelle. Der zweitletzte war ein Beitrag in der Corona-Zeit. Da kam ein Gesuch, das haben wir geprüft, und damals wurde auch ein ziemlich hoher Geldbetrag gesprochen. Auswendig weiss ich ihn nicht mehr, um die 30'000 – 33'000 Franken, das war auch kein Peanut.

So, das war kurz oder halb kurz erläutert, weshalb der Kirchenrat diesen Antrag ablehnt und vor allem einen ständigen Beitrag eben ablehnt. Und ich bitte die Synode, den Antrag abzulehnen.

Beat Schneider (Opfikon): Werte Präsidentin, geehrter Kirchenrat, liebe Mitsynodale. Ich erlaube mir jetzt doch noch, eine Frage zu stellen, was mir nicht ganz klar war, auch wenn ich das jetzt nicht eine

Woche zuvor gemacht habe. Es geht mir um die Steuervorlage 17 beziehungsweise um diese Senkung, die vorgesehen ist.

Ich weiss nicht, wie der Stand jetzt aktuell ist. Es ist ja ein Siebtel, also von 7 auf 6 Prozent einfacher Steuersatz für juristische Personen - und das sind doch 14,3 Prozent. In der Einleitung steht ja, im Finanzplan hatte das keine Auswirkung, diese Senkung. Und das kann ich jetzt mir nicht ganz erklären wieso. Bis 2026 gibt es noch gewisse Ausgleiche, aber wieso es auch in Zukunft keine wirklichen Rückgänge an Steuererträgen aus juristischen Personen gibt, wenn ja der Steuersatz gesenkt wird, das verstehe ich nicht ganz. Ich habe Schreiben gesehen von der Stadt Zürich und war darum etwas erstaunt, dass sich jetzt niemand sonst gemeldet hat, dort wurde davon gesprochen, dass da 4,4 oder 4,3 Millionen fehlen würden. Und ich weiss nicht: Wurde das jetzt zurückgezogen vom Regierungsrat oder ist es noch pendent oder ist da ein Referendum am Laufen?

Ich möchte einfach das geklärt haben, wieso dort steht, dass es keine Auswirkungen hat. Und meines Erachtens hat eine Senkung immer eine Auswirkung. Danke vielmals.

Kirchenrätin Katharina Kull-Benz (Zollikon): Danke. Beat Schneider, das ist überhaupt nicht abgebrochen. Dieses Thema läuft und der Souverän wird im November nächsten Jahres darüber abstimmen, über diesen zweiten Schritt. Und Regierungsrat Stocker hat eine Medienmitteilung im Juni oder Juli gemacht und aufgefordert zur Vernehmlassung, zur Stellungnahme – und hat wieder einmal die Kirchen vergessen.

So sind wir ein bisschen in Verzug geraten, bis wir das bemerkt haben, haben aber inzwischen im Kirchenrat eine Vernehmlassung verabschiedet, die in die gleiche Richtung geht, wie wir es beim ersten Schritt, bei der ersten Senkung, gemacht haben. Es gibt Verluste, das ist richtig. Wir haben Regierungsrat Stocker auch darauf hingewiesen, dass die vorwiegend in der Stadt Zürich, aber auch in den umliegenden Flughafengemeinden sind. Also, wer juristische Personen hat - auch auf der linken Seeseite –, das kann ganz grosse Einbussen geben, Dieter Zaugg hat diese alle berechnet. Du hast mich jetzt einfach auf dem linken Fuss erwischt, ich habe die Berechnungen noch nicht öffnen können. Aber wir haben unsere Vernehmlassung geschrieben und haben gesagt, es wird Ausfälle geben und wir bitten das zu berücksichtigen. Wir haben ja letztes Mal 5 Millionen bekommen, beide Kirchen (mit den Katholiken zusammen) für fünf Jahre. Und wir warten jetzt, was der Finanzdirektor unternimmt. Auch die politischen Gemeinden haben geantwortet auf die Vernehmlassung, da bin ich natürlich in Kontakt gewesen, und das geht auch in die gleiche Richtung.

Sie sagen auch, man soll vorwiegend die Stadt Zürich oder eben die betroffenen Gemeinden (das sind bei uns die betroffenen Kirchgemeinden, es sind dieselben,) berücksichtigen und entlasten. Genügt Dir diese Antwort?

Beat Schneider (Opfikon): Ja, danke vielmals. Ich wollte es einfach bestätigt haben, dass etwas läuft. Und ich finde es auch gut zuhänden des Protokolls, dass man sieht, bei den Kirchen schauen wir auch für die Einnahmen. Und ich bin ja selbst aus einer der betroffenen Gemeinden, Opfikon hat sehr viele Steuererträge von juristischen Personen, wie auch die Nachbargemeinden Kloten, Wallisellen etc. Danke vielmals.

Corinne Duc (Zürich): Ich hätte Rückfragen zum Thema Solidara. Erstens: Haben wir richtig verstanden, dass der Kirchenrat Solidara aufgefordert hat, einen jährlich wiederkehrenden Betrag zu beantragen? Und jetzt ist die Begründung, man wolle nicht einen jährlich wiederkehrenden Betrag gewähren?

In dem Fall, wenn wir richtig verstanden haben, wie lässt sich dieser Widerspruch erklären? Zum Antrag von Stefan Thurnherr habe ich nicht mehr in Erinnerung, ob er einen jährlich wiederkehrenden Betrag wollte oder nur für dieses Jahr. Falls das erste zutrifft, würde ich beantragen, dass wir nur für dieses Jahr den Antrag einreichen und dann die Sache nochmals sorgfältiger prüfen für die weitere Zukunft. Vielen Dank.

Synodepräsidentin Simone Schädler (Effretikon): Besten Dank. Es ist ein einmaliger Betrag, das habe ich vorher mitbekommen, diese Frage kann auch ich beantworten. Ich lese den Antrag nochmals vor: «Ich beantrage, im Budget 2024 eine Position von 30'000 Franken als einmaligen Beitrag zugunsten der diakonischen Arbeit von Solidara Zürich (vormals Zürcher Stadtmission) einzustellen.» Das ist der Antrag von Stefan Thurnherr seitens liberaler Fraktion.

Kirchenrat Bernhard Egg (Elgg): Liebe Synodale, nur noch kurz, vielleicht war ich etwas missverständlich. Der Kirchenrat hat das Gesuch eingehend geprüft, ob ein ständiger Beitrag für die Zukunft gewährt werden soll. Aus den zusammengefassten Gründen, die ich erläutert habe, hat er das abgelehnt. Jetzt geht es offenbar um einen einmaligen Beitrag, der für das nächste Jahr budgetiert werden soll.

Ich bitte Sie einfach, diesen Antrag auch abzulehnen, denn machen wir uns nichts vor: Es gibt eine gewisse Gefahr, sage ich mal, dass wenn es mal budgetiert ist, dann wird es natürlich fortgeschrieben. Und der Hauptgrund, weshalb wir das ablehnen, ist wirklich, dass wir diese Doppelfinanzierung nicht mehr möchten. Nicht aus bösen Gründen oder weil wir die Arbeit dieser Werke nicht schätzen, die eben von uns keinen Beitrag erhalten, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen, dass es Sinn macht, dass es Werke gibt, die eben von der Kirchgemeinde Zürich unterstützt werden, dass es Projekte und Werke gibt, die von der Landeskirche unterstützt werden und dass wir diese Doppelfinanzströme möglichst vermeiden wollen. Darum geht es, es geht nicht um Würdigung von konkretem Engagement, das wir ja alle sehr schätzen.

Und stellen Sie sich vor, es gibt noch viele andere Werke, die auch gerne Geld von der Landeskirche hätten. Ich bin mit mehreren zusammengesessen und habe ihnen Ähnliches erklärt wie jetzt Ihnen heute.

Synodepräsidentin Simone Schädler (Effretikon): Besten Dank, Bernhard Egg. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, deshalb würde ich jetzt die Rednerliste schliessen. Niemand mehr, der im letzten Moment noch etwas sagen möchte.

Dann kommen wir zu den Schlussworten und danach zu den Abstimmungen. Seitens Finanzkommission: Bettina Diener keine Wortmeldung. Seitens Kirchenrat: Katharina Kull? Auch nicht. Danke schön.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Am Schluss stimmen wir mittels Abstimmungsanlage über das gesamte Budget ab. Es ist vorgängig ein Antrag aus dem Büro gestellt worden plus einem Antrag von Stefan Thurnherr. Seitens Büro geht es um eine Aufstockung von 60'000 Franken, seitens Stefan Thurnherr um 30'000 Franken, um die die Ausgaben des Budgets erhöht werden sollen. Wir stimmen zuerst über diese zwei Änderungsanträge ab. Wir machen das einzeln mittels Abstimmungsanlage. Wenn Sie dem Antrag des Büros folgen möchten (ich lese ihn gleich nochmals vor), stimmen Sie Ja, wenn Sie ihn ablehnen möchten, stimmen Sie Nein und sonst die Enthalten-Taste. Der Antrag lautet: «Das Büro der Kirchensynode beantragt bezüglich der Kostenstelle 1000 (Kirchensynode) das Budget 2024 um 60'000 Franken für zusätzlichen Personal- und Sachaufwand betreffend Parlamentsdienst zu erhöhen.» Bitte stimmen Sie jetzt.

Besten Dank. Sie sind dem Antrag des Büros mit 112 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gefolgt.

Dann stimmen wir über den zweiten Änderungsantrag ab. Ich lese auch diesen wieder vor. Wenn Sie den Änderungsantrag annehmen wollen, stimmen Sie Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, stimmen Sie Nein und sonst die Enthalten-Taste. Der Antrag lautet: «Ich beantrage, im Budget 2024 eine Position von 30'000 Franken als einmaligen Beitrag zugunsten der diakonischen Arbeit von Solidara Zürich (vormals Zürcher Stadtmission) einzustellen.» Bitte stimmen Sie jetzt.

Besten Dank, Sie haben mit 45 Ja-Stimmen bei 64 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen den Antrag von Stefan Thurnherr abgelehnt.

Dann kommen wir zu den Anträgen aus dem Budget 2024 seitens Kirchenrat.

Wir gehen weiter zu Antrag 1 aus dem Antrag und Bericht des Kirchenrats. Der Antrag 1 lautet: «Die Kirchensynode genehmigt den für 2024 vorgesehenen Zentralkassenbeitragssatz von 3,10.»

Wird dazu ein Gegenantrag gestellt? Andernfalls ist Antrag 1 genehmigt. – Es ist kein Gegenantrag gestellt worden, Antrag 1 ist genehmigt.

Wir kommen zu Antrag 2: «Die Kirchensynode genehmigt das Budget der Zentralkasse der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich für das Jahr 2024 mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von neu 2'728'900 Franken.»

Wird ein Gegenantrag gestellt? – Das ist nicht der Fall, Antrag 2 ist genehmigt.

Dann kommen wir zu Antrag 3: «Die Kirchensynode nimmt Kenntnis vom Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028.»

Wird dazu ein Gegenantrag gestellt? – Das ist nicht der Fall, Antrag 3 ist genehmigt.

Antrag 4: «Die Kirchensynode nimmt Kenntnis von den provisorisch festgelegten Finanzausgleichsbeiträgen für das Jahr 2024.»

Wird dazu ein Gegenantrag gestellt? – Das ist nicht der Fall, Antrag 4 ist genehmigt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung, dafür benutzen wir die Abstimmungsanlage. Wer dem Budget 2024 des Kirchenrats zustimmt, drücke die Ja-Taste, wer ihn ablehnt, die Nein-Taste oder sonst die Enthalten-Taste. Bitte stimmen Sie jetzt.

Besten Dank. Sie haben mit 108 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen das Budget 2024 genehmigt.

Einmal mehr möchte ich Dieter Zaugg und seinem Team und dem Kirchenrat, im Speziellen Katharina Kull, ganz herzlich danken für die gute und seriöse Arbeit. Das Erstellen des Budgets ist jedes Jahr aufs Neue eine anspruchsvolle Aufgabe und es ist eine Herausforderung, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und wegfallenden Einnahmen zu planen. Im Speziellen möchte ich Dieter Zaugg und Harry Nussbaumer vom Personaldienst danken, die ziemlich kurzfristig berechnen mussten, was die Aufstockung im Parlamentsdienst für finanzielle Auswirkungen hat. Ganz herzlichen Dank allen Beteiligten und Ihnen, liebe Synodale, für die nicht ganz so rege Diskussion, aber ich hoffe, Sie haben sich trotzdem mit dem Budget beschäftigt oder vielleicht an den Fraktionssitzungen. Auch möchte ich mich bei der FiKo für die Prüfung der Zahlen bedanken, welche diese Aufgabe jedes Jahr mit viel Einsatz macht. Herzlichen Dank allen Beteiligten.

Die Kirchensynode beschliesst:

1. Der Antrag des Büros der Kirchensynode betreffend Erhöhung des Budgets 2024 der Zentralkasse um CHF 60'000 Personal- und Sachkosten für den Ausbau des Parlamentsdienstes wird mit 112 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.
2. Der Antrag von Stefan Thurnherr, Zürich, betreffend Erhöhung des Budgets 2024 der Zentralkasse um CHF 30'000 für einen einmaligen Finanzbeitrag an Solidara (vormals Zürcher Stadtmission) wird mit 45 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.
3. Der für 2024 vorgesehene Zentralkassenbeitragssatz von 3.10. wird ohne Gegenantrag genehmigt.
4. Das Budget der Zentralkasse der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich für das Jahr 2024 mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 2'728'900 (inkl. der Erhöhung gemäss Dispositivziffer 1) wird ohne Gegenantrag genehmigt.
5. Vom Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028 wird ohne Gegenantrag Kenntnis genommen.
6. Von den provisorisch festgelegten Finanzausgleichsbeiträgen für das Jahr 2024 wird ohne Gegenantrag Kenntnis genommen.
7. Schlussabstimmung: Das Budget 2024 der Zentralkasse wird mit 108 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen genehmigt.

Für richtigen Auszug

Simone Schädler
Präsidentin

Barbara von Gunten
1. Sekretärin